

# Frankosische Post

1922年10月7日  
第14卷第14号

Die Geschäftsstelle befindet sich im Büro  
des General-Komitees des Verbandes  
der Deutschen in der S. S. A. Ge-  
gend: Tiflis, Michael-Str. Nr. 108. —  
Die alleinige Vertretung im Auslande  
hat Herr Theodor Hummel in Ber-  
lin W., Mohrenstr. 12.

Erscheint zweimal wöchentlich:

am **Mittwoch** und am **Sonntag**

(vorläufig nur 1 mal wöchentlich).

Geschäftsstunden: werktäglich von 9—11  
Uhr vorm. — Sprechstunden der Re-  
daktion: In der Wohnung des verantw.  
Redakteurs — Subaloff-Str. (früher Malaja  
Stubebnaja) Nr. 13, Du. 6, im Hof—wert-  
täglich von 6—7 Uhr abds.

Nr. 39

Tiflis, Sonntag, den 7. Oktober 1922.

14. Jahrgang.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die  
Mitteilung, daß unser vielgeliebter

## Albert Wetzel

am 3. Oktober a. c. nach kurzem Leiden entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Es werden gesucht:

### ein Lehrer, bezw. Lehrerin

der deutschen Sprache und eine der geistlichen mächtige  
deutsche Kindergärtnerin für die Arbeiter-  
Arbeitschule. Näheres in der Schulabteilung  
des Tifliser Kreispolizistens (bei der Worosjoff-Brücke,  
Ecke der Elisabethstr.)

### Politische Nachrichten.

Die bereits vor Monaten angekündigte Verschmel-  
zung der deutschen Mehrheitssozialistischen  
Partei und der unabhängigen Sozialisti-  
schen Partei zu einer Partei ist auf Grund diebe-  
züglicher Beschlüsse der beiderseitigen Parteitage (der  
ersten in Augsburg, der letzten in Graz) von Ende Sep-  
tember d. J. nimmere durch einen gemeinsamen Akt in  
Munich endgültig vollzogen worden. Als sichtbarer Aus-  
druck dieser Vereinigung erscheint die Einstellung der Her-  
ausgabe des Organs der Unabhängigen „Die Freiheit“  
und die gleichzeitige Umstellung des bisherigen Organs  
der Mehrheitssozialisten „Der Vorwärts“ in das  
einzigste Organ der vereinigten sozialistischen Parteien  
Deutschlands. Im Programm, das von letzteren ge-  
meinsam ausgearbeitet und angenommen wurde, findet sich  
a. a. eine Warnung: es mögten die Arbeiter den  
Behandlung der Kommunisten nicht Gerechtigkeit  
a. diese dem deutschen Volk Versprechungen machen, die  
e. natürlich niemals einzulösen imstande sein würden usw.

Eine Anzahl von deutschen Großindustriellen,  
darunter Stinnes, Krupp, Thyssen, Klockner, Borsig, Duis-  
enberg, Felix Deutsch, Eugenheim u. a. beabsichtigen, im  
Laufe dieses Monats eine Besichtigungsreise  
in das französische und belgische Wiederaufbau-  
gebiet anzutreten. Französische Industrielle in gleicher  
Anzahl werden sich ihnen anschließen. Der Reise folgen  
bedeutende Verhandlungen über die Aus-  
scheidung des Stinnes-Lubersbach'schen Abkommens  
folgen, die wahrscheinlich in Paris stattfinden werden.  
Das Berliner Bauunternehmen Lehner-Siemens  
hat mit dem Vorsitzenden der „Chambre syndicale des  
Constructeurs en ciment armé“ einen Kontrakt auf  
Lieferung von Materialien zum Wiederaufbau der  
zerstörten Gebiete Frankreichs abgeschlossen, der von der  
öffentlichen Meinung willkommen geheißen wird,  
da durch ihn während der nächsten Monate eine große  
Zahl von Arbeitern Beschäftigung finden wird. Die Kohlen-  
frage wurde im gegebenen Falle in derselben Weise gelöst  
wie im Vertrage Stinnes-Lubersbach. — Ein Funkspruch  
aus Hannover lautet: „Aktionsausschuss zerstör-  
ter Gebiete, in Paris tagend, annahm zweiten  
Oktober Bericht seiner Delegierten bei Kölner Konferenz  
mit deutschen Gewerkschaften. Verschiebung der  
Schlussverhandlungen in Berlin, ursprünglich auf den  
8. Oktober angesetzt, ist wahrscheinlich notwendig. In Vor-

bereitung begriffener Vertrag soll noch größer sein  
als alle anderen bereits früher getroffenen Abkommen.“ —  
Die deutschen Schatzwechsel sind an ein schweizeri-  
sches Bankensortiment zu 4 1/2% begeben worden. In  
Brüssel politischer Kreise zeigt man sich dadurch  
befriedigt, weil englische und amerikanische Banken mehr  
Prozente für Diskontierung forderten. — Die „Times“  
(Paris) teilt mit, wird das Datum der für Ende dieses  
Jahres in Aussicht genommenen Konferenz in Brüssel,  
auf welcher die Frage der interalliierten Schulden  
den und im Zusammenhang mit ihr auch die Repara-  
tionsfrage endgültig gelöst werden soll, erst nach Rückkehr  
der englischen Delegation aus Amerika festgesetzt werden, die  
Mitte Oktober von dort abtritt und in der ersten Hälfte  
des November in London eintrifft. Die Konferenz müsse  
aber unbedingt noch vor Jahresende stattfinden, weil die  
Reparationskommission spätestens am 31. Dezember den  
Plan der deutschen Zahlungen für 1923 festzulegen habe.  
— Graf Brockdorff-Rausau hat sich dieser  
Tage als deutscher Botschafter nach Moskau begeben,  
nachdem das Agrement (Genehmigung) für ihn aus  
letzterem Ende September in Berlin eingetroffen war.  
In Tiflis hat der bisherige Deutsche Geschäftsträger,  
Gesandtschaftsrat Dr. W. Hejse, am 6. d. Mts.  
dem Präsidium des Bundes der Transkaukasischen  
Republiken sein Beglaubigungsschreiben als zeitw.  
Diplomatischer Vertreter Deutschlands für  
Transkaukasien überreicht. — Im Nahen Orient  
scheint eine gewisse Entspannung eingetreten zu  
sein. Zwischen Türkei und Griechen ist vorigen Son-  
ntag (1. 10.) ein Waffenstillstand verabredet  
worden, nachdem Franklin Bouillon am 28. 9. in Smyrna  
(also nicht in Izmid, wie anfänglich in Aussicht genom-  
men) mit Kemal Pascha die angekündigte Unterredung  
gehabt hat und auf Vorschlag Englands, Frankreichs und  
Italiens letzterer in eine Delegation mit Vertretern  
dieser Mächte und Griechenlands in Mudania (am  
Marmara-See, 40 Meilen nordwestlich von Bursa) zwecks  
Vorbesprechung der auf der von genannten Großmächten  
angeregten Friedenskonferenz in Venedig zu verhandelnden  
Fragen, vornehmlich derjenigen militärischen Charak-  
ters, eingewilligt hätte, die denn auch am 3. d. Mts.  
begonnen hat. Wie verlautet, habe man sich in Mu-  
dania u. a. dahin geeinigt, daß Ost-Thrazien, ein-  
schließlich Adrianopels, bis zum Friedensschluß von  
der Entente besetzt, dann aber der Türkei übergeben  
werden solle. Ferner würde in der neutralen Zone eine  
Linie festgesetzt werden, hinter welche die Streitkräfte der  
Türkei und die der Engländer sich zurückziehen hätten  
usw. Keinesfalls dürften die Griechen in Ost-Thrazien  
belassen werden, um Verwüstungen vorzubeugen, wie sie  
von ihnen in Anatolien beim Rückzug angerichtet worden  
seien. Nähere Mitteilungen über das Ergebnis der Ver-  
handlungen in Mudania stehen noch aus. Inzwischen machen  
die Griechen verzweifelte Anstrengungen, um die  
Tschatalbcha-Linie zu halten und ihre Herr-  
schaft in Thrazien möglichst zu befestigen. Bei der De-  
moralisation des Griechischen Heeres, die infolge der Revol-  
ution sich in gesteigertem Maße bemerkbar macht, gilt aber  
ein Erfolg als ausgeschlossen. In Athen hat sich ein  
Revolutionskomitee gebildet, dem gegenüber der neue Kö-  
nig, Georg II., machtlos sein soll. Cz. König Konstantin  
hat mit seiner Familie Athen bereits verlassen, um sich  
auf dem Seewege zunächst nach Italien zu begeben. Aus  
Konstantinopel wird gemeldet, daß der Sultan

zu Gunsten des Prinzen Selim dem Thron ent-  
sagt habe. Rußland protestiert gegen die Blockade  
der Meerengen, die englische Regierung antwortet,  
daß ihr von einer solchen nichts bekannt sei.

### Wer sind die deutschen Kommunisten und was wollen sie?

Auf diese Frage, die gewiß auch uns Deutsche in  
Transkaukasien, nicht ausgenommen die Kolonisten, leb-  
haft beschäftigt, die aber nicht jeder von uns sich mehr  
oder weniger genau zu beantworten weiß, weil ihm das  
hierzu erforderliche umfassendere Wissen, die Kenntnis der  
wahren Ziele und Zwecke der kommunistischen Partei  
Deutschlands, abgeht, gibt bereits und dabei durchaus zu-  
verlässliche Antwort nachstehender „Brief an die deut-  
schen Kolonisten in Georgien“, der von den Mit-  
gliedern einer Partei: Gen. A. Leonid u. Gen. A.  
Friedrich\*) beim Verlassen Tiflis als Abschiedsgruß für  
die Kolonisten Georgiens verfaßt und uns mit der Bitte  
um Veröffentlichung zugegangen ist:

Brief an die deutschen Kolonisten Geo-  
rgiens.

Tiflis, 28. September 1922.

Sehr konnten wir keine eure Kolonien besuchen.  
Gut so, werden manche von Euch denken, was sollen solche  
„roten Schreihäler“ auch in unseren Kolonien machen.  
Denn deutsche Kommunisten sind Sünden altägyptischer,  
Madaubtrüber, Epibuben, heftigsten internationaler Träumer —  
so denken doch sicher viele von Euch.

Aber wer sind denn in Wirklichkeit  
die deutschen Kommunisten? In erster Reihe  
Arbeiter, brave Arbeiter, die mit Frau und Kind in  
der Fabrik ihren Lebensunterhalt verdienen wollen, die  
ebenso heute noch draußen vor der Stadt ein Stück  
Land zu besorgen haben, das ihnen etwas Gemüse oder  
Kartoffeln einbringt — denn mit dem Arbeitslohn allein  
kann keine Arbeiterfamilie auskommen. Nehmlich geht es  
vielen Angestellten und Beamten — auch von  
ihnen sind viele Kommunisten. Auch kommunistische Bau-  
ern gibt es. In Schwaben, eben da, wo einst eure  
Väter ihre Scholle hatten, ist das Land heute noch knap-  
per als vor 100 Jahren. Vor allem diesen Bauern  
geht es wirtschaftlich sehr schlecht, Tausende von ihnen  
sind Kommunisten. Einer von ihnen, der Kleinbauer  
Gefler, war im vergangenen Jahr auf dem kommuni-  
stischen Weltkongress als Vertreter dieser Bauern in Moskau.

Und was wollen wir deutsche Kommuni-  
sten? Wir wissen freilich nicht, was für Anschauungen  
manche von Euch darüber haben mögen. Die einen werden  
sagen, wir wollen „alles teilen“, jeder bekommt ein Stück  
Land, ein Stück Haus, ein Stück Maschine, ein Stück Vieh  
und ein Stück Geld. Die andern sagen vielleicht, wir  
sind überhaupt keine Deutschen, wir sind nur „Internati-  
onalisten“, nur Helfershelfer der Entente. Aber mit

\*) Beide Genossen sind den Lesern der „F. P.“ schon  
bekannt, und zwar ist A. Leonid der Verfasser des in den  
Nummern 27 u. 28 nach der „Roten Fahne“ (Berlin)  
wiedergegebenen Artikels „Stonet-Ausland im Orient“  
und letzterer (A. Friedrich) der Verfasser des Artikels  
„Die Reparationsanleihe in kommunistischer Beurteilung“  
(gleichfalls der „Roten Fahne“ entlehnt) in Nr. 30, wie  
letzterer auch dortselbst vermerkt wurde. — Die Schrift-  
leitung.

genau demselben Rechte könnte man auch behaupten, Ihr deutschen Kolonisten seid deswegen alle Kommunisten, weil Ihr im Bingerverband organisiert seid, oder Ihr seid deswegen keine Deutschen, weil Ihr in Georgien lebt. In Wirklichkeit nämlich ist eins ebenso unsinnig wie das andere.

Um zu verstehen, was wir deutsche Kommunisten in Wirklichkeit wollen, muß man wissen, wie es in Deutschland heute aussieht, wie es den deutschen Arbeitern und Bauern heute geht, was die Entente tagtäglich aus Deutschland herauspreßt und was die leitenden Kreise in Deutschland gegen all das tun — oder auch nicht tun.

Stellt Euch vor den Albert Heinecke, Kesselfchmied in einem großen Eisenwerk. Mit seinem Lohn kommt er ebenjowenig aus wie alle seine Kollegen. Er hat eine Frau zu ernähren und fünf Kinder dazu. Seit Kriegsanfang sind sie allesamt nicht mehr recht satt geworden, sind viel krank gewesen, und keiner ist mehr so leistungsfähig wie früher. Albert Heinecke muß höheren Lohn haben. Die 2000 Arbeiter können natürlich nicht alle einzeln zum Fabrikanten ins Kontor laufen. Sie stellen eine Forderung durch die Gewerkschaft, in der sie organisiert sind. Der Fabrikant lehnt fürs erste eine solche Forderung regelmäßig ab. Wenn er durchaus auf nichts eingehen will, streiken die Arbeiter. So vergehen oft Wochen und Monate. Und wenn schließlich der „höhere“ Lohn da ist, so ist inzwischen die Mark um das Doppelte oder Dreifache gefallen, alle Preise sind doppelt so hoch wie vorher und der Hunger der Arbeiter hat kein Ende.

Es gibt 15 Millionen Arbeiter in Deutschland, ferner einige Millionen Angehefte; ihnen allen geht es so. Sie bilden zusammen mit ihren Familien die große Mehrheit des deutschen Volkes. Was sollen sie alle miteinander machen? Auswandern in ein fernes Land, wie das Eure Väter einst gemacht haben, können sie nicht. Also was tun?

Wir Kommunisten meinen, man muß das Uebel an der Wurzel packen, wenn bessere Zeiten für das deutsche Volk kommen sollen, genau so wie man das Unkraut auf dem Felde nicht bloß abschneiden, sondern mit Stumpf und Stiel ausrotten muß. Und wo ist das Uebel? Die Ausbeutung Deutschlands durch die Entente, werdet Ihr sagen, der Friedensvertrag von Versailles, die Reparationslast, die Deutschland zu tragen hat. Das ist richtig — wenn auch damit das größte Uebel noch nicht genannt ist.

Ihr wißt, was die Entente aus Deutschland gemacht hat und was sie aus Deutschland alles herausholt. Aber wie man sich der Entente gegenüber verhalten soll, darüber sind die Meinungen geteilt. Richtig ist, daß Deutschland heute sehr schwach ist und die Entente sehr stark, daß Frankreich sofort eine riesenhafte Armee mobil machen kann, während Deutschland ohne Waffen und Munition darsiebt.

Die einen meinen, man darf sich nicht alles gefallen lassen, man müßte es mit dem Kriege doch noch einmal versuchen, es müßte alles wieder so sein wie vor dem Kriege, man müßte einen Kaiser haben und alle, die nicht mitmachen wollen, mit Gewalt in Zügel halten. Die so meinen, nennen sich „deutschnational“ und nennen alle anderen, die das nicht wollen, „nicht national“.

Aber es gibt andere, die meinen, man müsse es mit der Entente irgendwie im Guten versuchen. Sie sagen, der Vertrag von Versailles ist zwar ungerecht, aber Deutschland sei eben zu schwach erfüllen muß man ihn also doch nach besten Kräften. Die Entente, meinen sie, muß doch auch einmal „zur Vernunft“ kommen. Die so meinen, sind die Demokraten, das Zentrum (das sind die Katholiken) und die Sozialdemokraten, so z. B. die meisten Führer der deutschen Gewerkschaften.

Drittens gibt es solche, die da denken, man muß das Gute suchen, wo man's eben findet. Wenn man an die Entente schon liefern muß, so muß man dabei wenigstens etwas verdienen. Man liefert an Frankreich Kohle und Holz und andere Waren und läßt sich das gut bezahlen. Etwas von Frankreich? Nein, von Deutschen Reich, denn das Reich hat ja alle Reparationskosten zu tragen. So denken viele deutsche Großunternehmer, so dachte z. B. der ermordete Minister Rathenau, und ebenso denkt Stinnes, der eben erst mit Frankreich einen solchen Vertrag in allergrößtem Umfang abgeschlossen

hat. So meint im übrigen auch Eure Redaktion der „Raufasischen Post“, die diesen Stinneschen Schachervertrag als einen „Erfolg“ bezeichnet, wie das ein jeder in Nr. 36 vom 16. Sept. auf der ersten Seite nachlesen kann.

Aber daß mit all solchen Meinungen dem deutschen Volk schlecht geraten ist, das werdet Ihr wohl leicht sehen. Denn wollte Deutschland von neuem in einen Krieg ziehen, so würde es mit seinen schwachen Mitteln ihn nur von neuem verlieren, und die Verhältnisse wären noch viel schlimmer, als sie heute schon sind. Auch kein Prinz oder Kaiser kann daran etwas ändern. Aber ebenso trübt sich zu, zu allem, was die Entente will, immer „ja“ zu sagen. Denn darauf zu warten, bis die Entente „zur Vernunft“ kommt, ist Sache eines Träumers, nicht aber eines stolledenden, nach Freiheit schreitenden Volkes. Was aber schließlich die großen Unternehmer wollen, das ist nichts anderes als eine verbrecherische Schiebermethode, die zum Untergang des ganzen deutschen Volkes führen muß. Das Reich muß diesen Unternehmern etliche Gewinne bezahlen — aber womit? Mit Papiergeld — und die Mark stürzt immer mehr, die Preise steigen und das Elend wächst. Und mit Steuern, die die deutschen Arbeiter und Bauern zu bezahlen haben. Die Steuerlast beläuft sich heute in die Hunderte von Milliarden Mark.

Wir Kommunisten sagen, daß alles das nicht der richtige Weg ist. Wir waren gegen die Unterzeichnung des Versailleser Diktats, gegen die Erfüllungspolitik und das harte Ja-sagen der Regierung. Aber wir wissen sehr wohl, daß es absolut nicht genügt, einfach „nein“ zu sagen. Da sind außerdem noch andere Dinge notwendig. Fürs erste muß Deutschland sich einen Sowjetrußland anleihen. Deutschland mit seiner entwickelten Industrie und Ausland mit seinen unermesslichen landwirtschaftlichen Möglichkeiten, Sowjetrußland, vor dem die Ententehaaten heute Furcht haben, stellen miteinander verbunden eine unüberwindliche Macht dar. Einigkeit macht stark! Aber das wollen weder die großen Unternehmer noch die Deutschnationalen; sie fürchten, dann würden die Arbeiter von Deutschland zu stark werden.

Weiter meinen wir deutschen Kommunisten, der Aufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich darf nicht ein Gewinnobjekt deutscher und französischer Unternehmer sein, denn so wie die Dinge heute liegen, geschieht für die wirklich Notleidenden und Beschäftigten nichts. Nur wenn die französischen Arbeiter und Bauern mit den deutschen gemeinsam an Werk gingen, könnte ein wirklicher Wiederaufbau zustandekommen. Aber so etwas wollen wiederum die deutschen Unternehmer auf keinen Fall zulassen. Sie wollen nicht, daß man ihnen diese gute Verdienstmöglichkeit nimmt.

Wir Kommunisten meinen ferner, daß es nicht so weiter geht, daß heute in Deutschland jeder Unternehmer wirtschaften und handeln kann wie es ihm beliebt. Während die Unternehmer allesamt nach „mehr Arbeit“ schreien, haben viele von ihnen ihre Betriebe geschlossen, Hunderttausende von Arbeitern sind daher — natürlich gegen ihren Willen — ohne Arbeit und ohne Verdienst. Wir fordern also, daß die Arbeiter selber, die doch das allergrößte Interesse daran haben, daß mehr produziert wird, die Produktion kontrollieren können. Aber wiederum ständen sich die Kapitalisten dagegen mit Händen und Füßen. Niemand von ihnen will sich in seinen Betrieb hineinreden lassen, jeder fürchtet vor allem, daß die hungernden Arbeiter in ihre wohlgefüllten Geldsäcke gucken könnten.

Schließlich meinen wir deutsche Kommunisten, daß die Dinge auf dem flachen Lande völlig anders werden müssen. Während Millionen von kleinen Bauern und Pächtern nicht Land genug haben, während es ihnen an Saatgut, Maschinen und allem möglichen fehlt, liegt nebenbei auf den großen Gütern ein großer Teil brach. Millionen von Morgen fruchtbarer Landes sind zur Viehwede geworden, weil das vielen Junkern mehr Geld einbringt als der Anbau von Getreide. Fern mit Land für die kleinen Bauern! Fort mit den hohen Pachtzinsen, die den kleinen Pächter ins Elend stürzen! Arbeiter- und Staatskontrolle auf allen großen Gütern, wo heute Mißwirtschaft getrieben wird! So sagen wir Kommunisten. Aber die Junker wollen kein Land hergeben, wollen weder auf ihre Jagd noch auf den Pacht-

zins verzichten — und eben die Junker sind die Führer der „Deutschnationalen“.

Das alles ist es, was wir Kommunisten wollen, darum sind wir für eine Regierung der Arbeiter und Bauern in Deutschland; eben darum aber sind die Unternehmer und die Deutschnationalen und die heutige Regierung so feindselig uns gegenüber; darum bekämpfen sie uns auf alle Weise und nennen uns gefährliche „Heser“. Und nun mag jeder von Euch sich ein Bild machen, wer in Wirklichkeit „national“ ist und es gut meint mit dem niedergetretenen deutschen Volk: ob die Herren oder wir.

Aber wenn das so ist, werdet Ihr fragen, warum ist es dann den Millionen deutscher Arbeiter, Bauern, Angeheften nicht schon längst gelungen, mit all den Störrentenfriedens aufzuräumen und die Regierung der Arbeiter und Bauern zustande zu bringen? Weil wir Kommunisten noch nicht stark genug sind oder weil unsere besten Führer tot sind oder hinter Gefängnismauern, und weil die Unternehmer und die sogenannten „Deutschnationalen“ alles tun, um uns zu unterdrücken. Sie haben bewaffnete Organisationen gegen uns, sie unterdrücken die wenigen Zeitungen und verfügen selber über eine so große Menge von Zeitungen und andere Mittel, daß sehr viele Arbeiter und Bauern bis heute den einzigen Ausweg des deutschen Volkes noch nicht erkannt haben. Aber wir deutschen Kommunisten wollen nicht raffen, als bis eines Tages eine Regierung der deutschen Werktätigen, die nur handelt im Interesse der deutschen Arbeiter und Bauern selber, der Sowjetmacht die Hand reicht zum Bund und zur gegenseitigen Hilfe.

Und was wir Euch deutschen Kolonisten zu raten haben? Wir wissen sehr wohl, daß Ihr fleißig arbeitet vom Morgengrauen bis zum Abend, daß Ihr schon längst begonnen habt, kollektivistisch zu arbeiten, Euch in Genossenschaften zu organisieren. Ueber alles das haben wir Kommunisten uns sehr gefreut. Aber eben weil wir wissen, daß Ihr unter den heißen Bauern das fortgeschrittenste Volk seid, meinen wir, daß es notwendig ist, noch mehr als bisher die Regierung Sowjetgeorgiens und ihre Behörden in ihrer schweren Arbeit zu unterstützen, ihr noch mehr mitzuhelfen zum Aufbau des Landes zur Beseitigung aller noch bestehenden Mängel. Ihr könnt sicher sein, daß die Sowjetmacht nur Euer Bestes will.

Und noch ein Wort zur „Raufasischen Post“. Sie ist ein gutes Informationsblatt, aber auch nicht mehr. Warum habt Ihr daraus noch kein echtes, lebendiges Bauernblatt gemacht? Warum trägt die „Raufasische Post“ einen gar so rädtischen Charakter? Warum finden sich darin nur so wenig Anregungen, Vorschläge, Kritiken von Eurer Seite? Warum tut Ihr so gar nichts, um Euch ein Blatt zu schaffen, das für all Eure Interessen da ist, für alle Fragen des Verbandes, für Fragen aller möglichen Verbesserungen, kurz für alles, was Euch als Bauern angeht?

Und zum Schluß: Wenn Ihr Eure Söhne nach Deutschland schickt, dann sorgt dafür, daß sie dort nicht in Kreise geraten, die sie verderben können, sondern zu denen, zu denen Eure Väter gehörten und zu denen auch Ihr selber immer noch rechnet: zu deutschen Arbeitern und Bauern.

All das Euch deutschen Kolonisten zum Gruß!  
B. Leonid. A. Friedrich,  
Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands.

**Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen.**

Die deutsche Ausfuhr nach dem Ausland der Vorkriegszeit hatte, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ angeben, einen Wert von 1388 Millionen Goldmark. Sie ließ mit dieser Summe die Ausfuhr aller übrigen Staaten weit hinter sich, so auch die Englands und Frankreichs, wofür letzteres im Jahre 1913 nur für 121 Mill. Goldmark Waren nach Ausland ausgeführt hat. Umgekehrt entfiel ein großer Teil der deutschen Einfuhr auf Ausland, denn von der Gesamteinfuhr Deutschlands im Jahre 1913 in Werte von 10770 Mill. Goldmark kamen aus Rußland 18,6 Prozent, das nur hinter Amerika mit seiner

Prozent zurück. Diese Zahlen ergeben einen Beweis für die Gegenseitigkeit der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Diese Gegenseitigkeit mußte nach in demselben Maße bedeutender werden, als die russische Wirtschaft ihre Produktion steigerte und damit beiden anderen Weltwirtschaftsmächten England und Amerika immer mehr Konkurrenz machte. Letztere konnte nur auf dem russischen Markt zu einem nachdrücklichen Erfolg führen, da die übrigen Absatzgebiete von den Amerikanern allzu sehr beherrschet und besetzt wurden, daß das Ausdehnungsbüßnis der deutschen Wirtschaft ernstlich hätte damit rechnen können, sie von dort und zu verdrängen. Leider entstand im Aufstrome, in der ganzen Welt, unter dem Eindruck dieses Konkurrenzkampfes die irrige Vorstellung, als freie Wirtschaft nach Osten nicht bloß in wirtschaftlicher, sondern auch politischer Hinsicht, als wolle es nicht so sehr den russischen Markt wie Rußland selbst erobern, um über diese hinaus sich den Weg zur Herrschaft im gesamten östlichen Europas und im Nahen Orient zu sichern. Es ist eine weltgeschichtliche Tragödie, daß der „deutsche Drang nach Osten“ von russischer Seite so irrig, d. h. als einseitiges Gefühl, aufgefaßt worden ist und daß dieses nicht schließlich den Krieg zwischen den beiden wirtschaftlich so sehr aufeinander angewiesenen Ländern verurteilt hat. Die in der Entwicklung begriffene Wirtschaftsgemeinschaft wurde dadurch jäh unterbrochen, in der Bahnvorstellung kam es zum politischen Konflikt, erst die Niederlage Deutschlands hat Rußland das Verständnis für die wahre Bedeutung des „deutschen Dranges nach Osten“ vor und nach dem Kriege vermittelt. Die Begriffe aus jeder Kluft, was dem Deutschen schon Ausbruch des Krieges geklärt war, daß der Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf einem groben Mißverständnis beruhte und daß der Wiederaufbau der russischen Wirtschaft nur dann mit Erfolg bewerkstelligt werden konnte, wenn die 1914 zerrissenen Fäden zwischen den östlichen und der deutschen Wirtschaft aufs neue aneinander gesponnen würden.

Der Aufbau der russischen Wirtschaft ist nun allerorts vor allem eine Kreditfrage, und es versteht sich von selbst, daß das ausgeplünderte und valutawirtschaftlich schwache Deutschland von heute diese Frage nicht allein wird bewältigen können, daß vielmehr internationale Beteiligung hierzu wünschenswert ist, die aber, wie die Konferenzen in Genua und Haag gezeigt haben, nicht so leicht zu gewinnen sein werden. Jedoch, wie lange auch das internationale Ausmaß in seiner Ablehnung verharren mag, einmal muß diese Verbin ein Ende nehmen, und dann wird in vollem Maße das zur Geltung kommen, was Deutschland in Bezug auf Rußland vor dem übrigen Ausland voraus hat, nämlich: erstens, die gute Kenntnis des russischen Marktes und seiner Anforderungen, und zweitens, die wachsende Sympathie des Russentums für den von der Entente drangierten Nachbarn, zwei Momente, die dem deutschen Handel heute bereits einen Vorsprung auf dem russischen Markt geschaffen haben.

Diesem Vorsprung gilt es zu nützen und zu erweitern. Die deutsche Ost-Messe in Königsberg und die Dresdener Herbstmesse sind die besten Wegweiser in die gemeinsame deutsch-russische Zukunft auf wirtschaftlichem Gebiete. Dort liegt die Bedeutung in der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Nord- und Mitteleuropa, hier dem Handelsverkehr mit Sibirien und der Ukraine. Deutsche und russische Aussteller und Einkäufer reichen einander die Hände, und die Kreditfrage wird, vorläufig in einfacher, aber dennoch zufriedenstellender Form, wenigstens teilweise gelöst.

Die bereits als in Angriff genommen angekündigten Vorbereitungen zum deutsch-russischen Handelsvertrag (in Ergänzung des Rapallo-Vertrages) bilden eine weitere Grundlage auf dem verheißungsvollen Wege der gegenseitigen wirtschaftlichen Wiedernäherung beider Länder.

**Vorbereitungen zum Handelsvertrag mit Deutschland in den Sowjetrepubliken Transkaukasien.**

Ueber die Vorbereitungen für den Handelsvertrag, der demnach zwischen Deutschland einerseits und Rußland als Sowjet-Föderationsstaat, einschließlich der Sowjet-

republiken Transkaukasien, andererseits abgeschlossen werden soll, entnehmen wir der örtlichen Tagespresse folgendes: Bereits am 11. Sept. d. J. hat der Bundesrat der Sowjetrepubliken Transkaukasien eine in Nr. 74 der „Sarja Woßoka“ vom 15. Sept. veröffentlichte Verfügung (Nr. 26) getroffen, betreffend die Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung des Handelsvertrages mit Deutschland. In dieser Verfügung, die aus 7 Punkten besteht, heißt es u. a.: Der Ausschuß solle beim Volkskommissariat für den Außenhandel der Sowjetrepubliken Transkaukasien gebildet werden, und zwar zur Vorbereitung desjenigen Materials, welches die Sonderbelange der genannten Republiken in den Handelsbeziehungen zu Deutschland berührt (P. 1). Dem Ausschuß sollen angehören: Als Vorsitzender — persönlich oder durch den Stellvertreter — der Volkskommissar für den Außenhandel der Sowjetrepubliken Transkaukasien, Genosse Gabjinski, und als Mitglieder: 3 Vertreter des Obersten Wirtschaftsrates der Sowjetrepubliken Transkaukasien aus der Zahl der zu diesem gehörigen Vertreter der Wirtschaftskräfte in den einzelnen Bundesrepubliken, ferner zwei Vertreter des Volkskommissariats für den Außenhandel der Sowjetrepubliken Transkaukasien und schließlich noch je 1 Vertreter des Volkskommissariats der Finanzen der Sowjetrepubliken Transkaukasien, der Abteilung für Auswärtiges beim Bundesrat und der Eisenbahnverwaltung (P. 2). Aufgabe des Ausschusses sei: das Sammeln, Systematisieren und Bearbeiten entsprechender Materialien und die Ausarbeitung — auf Grund dieser letzteren — eines Gesamtvertrages über den mit Deutschland abzuschließenden Vertrag, soweit derselbe die besonderen Handelsinteressen der Transkaukasischen Sowjetrepubliken betreffe (P. 3). Der Ausschuß werde sich bei seinen Arbeiten des Apparats des Volkskommissariats für den Außenhandel der Sowjetrepubliken Transkaukasien zu bedienen haben, und stehe ihm das Recht zu, in einzelnen Fragen, wo erforderlich, Sachverständige heranzuziehen. Alle Volkskommissariate der Sowjetrepubliken Transkaukasien, desgleichen die Räte der Volkskommissariate in denselben, sollen gehalten sein, dem Ausschuß durch die entsprechenden Organe der Republiken sämtliche erforderliche Material zuzustellen (P. 5). Dem Ausschuß bleibt es überlassen, nach eigenem Ermessen Unterausschüsse zur Vorbereitung der Materialien in speziellen Fragen zu organisieren (P. 6). Der Ausschuß hat seine Arbeit innerhalb 10 Wochen, gerechnet vom Tage der Inkrafttretens vorstehender Verfügung, zu beenden und die Ergebnisse derselben dem Obersten Wirtschaftsminister der Sowjetrepubliken Transkaukasien zu unterbreiten. —

Am 18. Sept. d. J. hat eine Sitzung obigen Ausschusses stattgefunden, in welcher anwesend waren: der stellv. Vorsitzende, Genosse Wirap, und die Mitglieder Mikadse, Kelarew, Rastian, Matschawariani und Sawalischin, sowie die Spezialisten Dubenski, Grigorian und Randelaki. Drei Unterausschüsse wurden gebildet: ein ökonomisch-finanzieller, ein völkerrechtlicher und ein Zoll- und Transit-Unterausschuß. Die Unterausschüsse ihrerseits können Sektionen bilden und zu den Arbeiten auch wieder Sachverständige hinzuziehen, nach Maßgabe der Notwendigkeit, wobei die Leitung in den Sektionen von einem der Mitglieder der entsprechenden Unterausschüsse ausgeübt wird. In der Sitzung wurde u. a. auch der Arbeitsplan des völkerrechtlichen Unterausschusses festgelegt, dessen Tätigkeit auf die Klarstellung der Interessen Transkaukasien und der leitenden Grundzüge bei Abschluß des Handelsvertrages eingestellt sein soll. Dem Zoll- und Transit-Unterausschuß ist der Auftrag erteilt worden, Materialien für eine neue Regelung der Tarife, Eisenbahnangelegenheiten, Export- und Importbedingungen Transkaukasien und des Transitwesens (in bezug auf die Beförderung von Gütern aus anderen Ländern durch Transkaukasien nach Deutschland sowie umgekehrt aus Deutschland nach Transkaukasien) zu beschaffen. Zum Vorsitzenden des völkerrechtlichen Ausschusses wurde der Genosse Toroschidse ernannt, zum Vorsitzenden und zu Mitgliedern des ökonomisch-finanziellen Ausschusses: Genosse Rastian bzw. die Genossen Relikow, Toroschidse, Alijew u. Kelarew, zum Vorsitzenden und zu Mitgliedern des Zoll- und Transit-Unterausschusses: Genosse Wirap bzw. die Genossen Mikadse und Matschawariani. Die Unterausschüsse wurden erjucht, sich unverzüglich an die Arbeit zu machen und in

der nächsten Sitzung einen Arbeitsplan, ein Verzeichnis der erforderlichen Sachverständigen und einen Kostenanschlag, jeder Unterausschuß gebildet, vorzustellen. (Bericht in Nr. 81 der „Sarja Woßoka“ vom 28. September.) —

In Nr. 80 der „Sarja Woßoka“, vom 28. Sept. d. J., ist ein Aufruf der Kommission zur Vorbereitung des Handelsvertrages veröffentlicht, der an alle staatlichen Institutionen Transkaukasien gerichtet ist und in dem mitgeteilt wird, daß die Kommission ihre Tätigkeit begonnen habe und besagte Institutionen bitte, ihr „alle möglichen Auskünfte und Materialien in allen Fragen, welche im weiteren Verlauf der Tätigkeit der Kommission aufzutauchen könnten“, zu verschaffen. Die Eingaben sollen mit der Unterschrift eines der nachstehend genannten Genossen versehen sein: Gabjinski, Wirap, Toroschidse, Rastian oder des verantwortl. Sekretärs des Ausschusses, Gen. Jwanischwili. Zweck Befleunigung der Arbeit in der Kommission sei die Beschaffung der erbetenen Auskünfte und Materialien ohne Verzug zu bewerkstelligen, und wäre es sehr erwünscht, daß dieselbe auch nach Verhältnissen erschöpfend wäre. —

Während von den am Orte erscheinenden russischen (kommunistischen) Blättern die „Paanda Gruifi“ (die vertritt mehr die Sonderinteressen Georgiens) den Vorbereitungen des Bundesrats der Sowjetrepubliken Transkaukasien zum Handelsvertrag bisher fast keine Beachtung geschenkt hat, ist in der „Sarja Woßoka“ (die vertritt mehr die Interessen der Föderation) bereits am 13. Sept. d. J. (Nr. 79) eine Abhandlung informierendes Charakteres von A. Korenblit erschienen, der sich zum Abschluß eines solchen Vertrages durchaus sympathisch verhält und möglichste Umsicht anrät.

**Aus dem Leben der Deutschen in Georgien.**

Konferenz der Delegierten der deutschen Kolonien des Borsischalae Kreises der Sowjetrepublik Georgien.

Am 23. u. 24. September tagte in Luxemburg (Ratharinensfeld) eine Konferenz der Vertreter der drei deutschen Kolonien des Borsischalae Kreises: Luxemburg, Traubenberg und Waldheim.

Die Anregung dazu war vom verantwortlichen Sekretär der kommunistischen Partei im Kreise, Gen. Rawtaradse, ausgegangen, dem gleich nach seiner Ankunft hier selbst eine gewisse Entrembung zwischen den Deutschen und den örtlichen Behörden, ja — Abgeschlossenheit der ersteren, aufgefallen war und der in einer Konferenz den Weg zur Beseitigung dieser Erscheinung, zur Sezanzierung der Kolonisten zur intensiveren Mitarbeit am Aufbau des Staates innerhalb des Kreises, sehen zu dürfen geglaubt hatte. Dieser Gedanke lag denn auch der Konferenz zu Grunde.

Durch die Anwesenheit des Vertreters des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Gen. Sokolowski, und des Vorsitzenden des Zentralkomitees des Verbandes der Deutschen in Georgien, Dipl.-Ing. E. Lamparter, gewann die Konferenz den Charakter einer offiziellen Versammlung, und war damit zugleich eine kompetente Leitung derselben von vornherein gegeben.

Die ungewöhnlich zahlreiche Beschickung der Konferenz (Luxemburg 78 Delegierte, Waldheim 25 und Traubenberg annähernd dieselbe Zahl) beweist, daß gut vorbereitet worden war und daß der Konferenz allerseits das nötige Verständnis entgegengebracht wurde.

In den Unterredungen, die der Konferenz vorausgingen, ist von den verantwortlichen Parteimitgliedern in der Hauptsache auf folgendes hingewiesen worden: Die deutsche Bevölkerung des Sowjet-Staates Georgien, die vornehmlich durch die Kolonisten repräsentiert wird, siehe auf einer verhältnismäßig hohen Kulturstufe. Den Beweis hierfür könne man erblicken in dem Blühen der deutschen Kolonien und deren regelmäßig arbeitenden Schulen, dem Ordnungssinn und der fast unerfüllbaren Arbeitslust und -freudigkeit der Kolonisten. Nicht zuletzt zeugt davon auch das korrekte Verhalten der Deutschen zu den Organen der Verwaltung und ihre verhältnismäßig pünktliche Erfüllung der Verpflichtungen dem Staate gegenüber. Obwohl in vielen Beziehungen vorbildlich für die übrige Bevölkerung, schließt sich der Kolonist aber bedauerlicher-

weise und unbekannt weshalb fast ganz gegen die Außenwelt ab und ziehe sich, wo er solches nur könne, von der öffentlichen Mitarbeit am Aufbau des Staates zurück, während doch eine regere Beteiligung seinerseits sowohl für die Kolonien, als auch für den Kreis bzw. den Staat, von größter Bedeutung und in den Folgen durchaus heilsam sein könnte. Man verleihe gewiß, wie diese Abgeschlossenheit erstanden sei: sie habe aber heute, wo doch jedermann mit der neuen Konstitution zu rechnen wisse und wo es weder bevorzugte Bürger, noch entrechtete Stände gäbe, keine Berechtigung mehr. Die chinesische Mauer, mit der sich die Deutschen umgeben hätten, schade den Kolonien mehr, als daß sie ihnen nütze. Es sei daher notwendig und zeitgemäß, hier Wandel zu schaffen, d. h. das anstreifend auf beiden Seiten bestehende Mißtrauen auszuwischen, indem man sich auf der Plattform des Sowjetstaates zu gemeinsamer Arbeit zum Wohl des Staates zusammenfände. Es würde von den verantwortlichen Parteimitgliedern auch gerne zugegeben, daß hierbei nicht alle Schuld auf Seiten der Deutschen zu finden wäre. Die Mißgriffe der Organe des jungen Staates, die nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgabe gewesen seien und in ihrem Bestande manchmal sogar verberberische Elemente aufzuweisen gehabt hätten, seien in dieser Hinsicht an der erwünschten Erwidmung mit schuld. Die Bewiderung solle aber bedenklich, daß die oberste Staatsgewalt allenthalben besteht sei, solche Mißstände zu beseitigen bzw. ihnen vorzubeugen, und daß verberberische Elemente ausnahmslos verfolgt und nicht selten mit dem Tode bestraft würden. Noch und noch hätten solche Erscheinungen ganz zu finden, und die Beteiligung der Bevölkerung, ganz besonders eines so kulturellen Elements, wie es die Kolonisten seien, würde diesen Prozeß nur beschleunigen.

Seitens der Vertreter der Deutschen, hauptsächlich des Vorsitzenden des Zentralkomitees des Verbandes, E. Lamparter, und einiger Vertreter Luxemburgs wurde zugegeben, daß diese Gesichtspunkte im allgemeinen auf die deutschen Kolonien und Kolonisten zuträfen, im einzelnen jedoch einer bedeutsamen Korrektur bedürften. Vor allem überschätze man das deutsche Element und seine Möglichkeiten, sich in größerem Maßstab an der Arbeit zum Aufbau des Staates zu beteiligen. Es mache sich nämlich in den Kolonien ein einflussreicher Mangel an geeigneten Kräften sogar für die Arbeit in diesen selbst bemerkbar, und um solchen Mangel in absehbarer Zeit auszufüllen, werde man alles an (Eröffnung von Schulen und Heranbildung junger Leute, sowie anderweitige kulturelle Arbeit) um das allgemeine geistige Niveau der deutschen Bevölkerung zu heben und namentlich Fachleute zu erhalten. Auch irre man, wenn man glaube, daß sich die Kolonien von ihrer Umgebung abzuheben suchten; viele hätten aus dem Leben jenseits des Vorderasiens, wie des Tschirer Streifens bewiesen, daß die Kolonisten in ihrem ehrsüchtigen und besseren Teil mitunter sehr wohl auf Gebieten mitarbeiten, die nicht nur die Kolonien allein betreffen. Wenn sich jedoch diese Tatsachen nur verhältnismäßig wenig bemerkbar machen, so liegt hierfür der Grund, wie schon erwähnt, in der Unmöglichkeit, in größerem Maßstabe zu arbeiten, auch nicht zuletzt in dem Umstande, daß der Deutschen nur ein kleines Häuflein ist, dessen Zahl 9000 kaum übersteige (etwa 0,4-0,5% der Gesamtbevölkerung des Staates). Viele Fälle beweisen ferner, daß die Deutschen auch das Zutrauen derjenigen ihrer Nachbarn genießen, bei denen nicht eng-nationalistische und rassenrechtliche Instinkte vorherrschten. Die deutschen Vertreter betrachteten als Mittel, um die deutsche Bevölkerung zu einer intensiveren Mitarbeit zu gewinnen, vor allem — neben der Hebung des allgemeinen geistigen Niveaus und der Heranbildung einer größeren Anzahl tüchtiger Fachleute eine gründlichere Aufklärung der Kolonisten über die Grundlagen und die Ziele des Sowjetstaates; dann ein größeres Entgegenkommen seitens des Staates am wirtschaftlichem Gebiete und schließlich die Befestigung des Mißtrauens der Organe desselben gegen die deutsche Bevölkerung und der heraus sich ergebenden Mißverständnisse und Beschränkungen.

Soweit vom Charakter der Konferenz und den Voraussetzungen dazu. Die dargelegten Gesichtspunkte lebten im Laufe der Verhandlungen auf der Konferenz immer wieder.

Die Wahl des Präsidiums, sowie alle Entscheidungen wurden auf der Konferenz durch freie Abstimmung herbeigeführt. In das Präsidium, bestehend aus 6 Personen, wurden gewählt: Der Vertreter des Z. R. s. der Kom. Partei, Gen. Sokolowski, der Vorsitzende des Z. R. s. E. Lamparter, der Vorsitzende des Kreispräsidiums, Gen. Schabanoff, und je ein Vertreter der 3 Kolonien: Ernst Kimmeler, Fr. Köhle und E. Schod. Nach sehr warmen Begrüßungen seitens der offiziellen Persönlichkeiten einigte sich die Konferenz auf folgende Tagesordnung:

- A. 1. Bericht des Gen. Sokolowski über die gegenwärtige politische Lage und Darlegung des Zweckes der Konferenz. 2. Im Anschluß daran: Fragen, Debatten, Ergänzungen.
- B. Einzelne Fragen, die in den Kolonien bzw. dem

ganzen Kreise besonders akut sind: 1. Kreismitgliedschaft; 2. Quartierfrage; 3. Steuerfrage; 4. Kulturelle Arbeit.

C. Ergänzende Berichte seitens der einzelnen Kolonien.

Im ersten Teil seines Vortrages schilderte Gen. Sokolowski eingehend die politische Lage, hauptsächlich Europäas, und kennzeichnete zugleich, in der Parallele, die Lage und die Stellung der Sowjet-Republiken inmitten der europäischen Staaten und der Völker Asiens. Seiner Ueberzeugung Ausdruck gebend, daß bei uns das System der Sowjets sich für immer beseitigt habe und nur des nötigen Ausbaues bedürfe, ging der Vortragende zum 2. Teil seines Berichtes über, in dem er in der Hauptsache die schon bei den Vorberhandlungen dargelegten Gesichtspunkte nun auch öffentlich aus sprach. Er schloß mit der Aufforderung an die Konferenz — und durch sie an die deutsche Bevölkerung des Kreises — sich reger als bisher an dem Aufbau des Staates auf den neuen Grundlagen zu beteiligen und nicht vergessen zu wollen, daß wir alle zusammen den Volkstaat ausmachen und daß nur mit Hebung und Befestigung dieses Staatswesens auch unsere, der Deutschen, Lage sich heben und festigen könnte.

Was die anschließenden Debatten betrifft, so sei hier bloß erwähnt, daß einzelne Vertreter in richtiger Beurteilung der Verhältnisse bewußt waren, an der Hand der Geschichte der Kolonien und der Tatsachen der letzten 1 1/2 Jahre die Position der Kolonien und ihre Juridikalität zu erklären und als natürliche Folge der Entwicklung der Dinge darzustellen, die mit Ablehnung oder gar Abwiltigkeit nichts zu tun habe.

Die 2. Teil der Tagesordnung fand ihren Abschluß in einer von Vorsitzenden des Zentralkomitees, E. Lamparter, vorgeschlagenen und von der Versammlung gebilligten Resolution, in der der Gedanke einer Annäherung zwischen den Kolonien und den leitenden Organen des Staates begrüßt und der Verständigung Ausdruck verliehen wurde, daß auf Grund gegenseitigen Vertrauens die deutsche Bevölkerung nach Maßgabe ihrer Kräfte regen Anteil nehmen werde am Aufbau des Staates und an der Förderung des Gesamtwohls.

Der folgende Teil der Tagesordnung wurde mit demselben, wenn nicht noch um einiges gesteigertem Interesse behandelt und verfolgt. Handelte es sich dabei doch um lauter Fragen, zu denen das alltägliche Leben jeden einzelnen in enge Beziehung bringt.

Die Mißfrage führte zu einer eingehenden Kritik der Tätigkeit einzelner Personen, Vertreter des vorigen Bestandes der Miß, in der Abfuhr, Mißstände und Mängel aufzuzeigen, Sachfragen zu brandmarken und Mittel und Wege zur Abhilfe anzugeben. Die anwesenden Vertreter der Behörden des Kreises brachten überaus eingehende Ausführungen vor, in denen sie die große Bedeutung kennzeichneten, welche sie der Miß beimaßen, und die Maßnahmen darlegten, welche ergriffen werden, um einerseits mit eigenem Leben die Miß von allen verberberischen und ungeeigneten Elementen zu reinigen und andererseits die Lebensbedingungen der Mißkolonisten aufzubessern und so Entlassungen und Befreiungen vorzuleiten. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die Kolonisten an den Ursachlichkeiten der Miß selbst mit schuld seien; denn es sei eine Tatsache, daß sich nur selten jemand von ihnen zum Eintritt in die Miß bewegen lasse, gegen die ein bestimmtes Vorurteil herrsche, das aber, wenn es besser werden soll, wegzulassen müße.

Als reale Maßnahmen, den Personalsstand der Miß zu gestalten, daß er seinen Aufgaben entspräche, wurde sowohl von seitens der Konferenz, als auch von seitens der Behörden folgendes anerkannt: die Notwendigkeit eines ehrlichen und energiegelben Mißregiers, wie es der gegenwärtige ist; Vorzicht bei Anstellung neuer Personen; Aufbesserung der Gehälter der Mißregier; aufmerksameres Verhalten der Bürger den Forderungen der Mißkolonisten gegenüber, die nur Befehle von oben her ausführen und nichts dafür können, wenn diesem oder jenem Bürger ihre Mission unbequem erschein; schonungslose Bekämpfung geschwinder Handlungen der Mißregier, wie solches heute bereits gehandhabt wird, und schließlich Eintritt einer gewissen Zahl deutscher Kolonisten in die Miß.

T. H. Hoffmann.  
(Schluß folgt.)

A. Leiß's Jubiläum verlegt.

Unvorhergesehener Umstände halber ist, wie wir mitzuteilen gebeten werden, die Jubelfeier zu Ehren Herrn Artur Leiß's vom 8. auf den 22. v. Mts. verlegt werden. Das Festprogramm: soll auch noch nicht endgültig festgelegt sein.

Albert Wegel †.

Die Tilsitzer deutsche Gemeinde hat eines ihrer geachteten und beliebtesten Mitglieder, Herrn Albert Wegel, durch den Tod verloren. Ein unglücklicher Unfall hat seinem noch jungen Leben ein jähes Ende bereitet und den großen Kreis seiner Verwandten und Freunde in tiefe Trauer versetzt. Albert Wegel stand im 44. Jahre und hinterläßt außer der Witwe, einer Hs-

preusin, einen Sohn und eine Tochter im Alter von 19 u. 15 Jahren. Gelmut und Herzergüte waren die einzigen Eigenschaften, die ihm so vorzeilhaft zeichneten; er war ein stiller, heiterer Gemüthsman ein Kinderfreund, der im Umgang mit andern immer Betreten nach Freundlichkeit und friedlichem Zusammentreffen an den Tag legte. Unsere Zeit ist nicht besonders reich an solchen Menschen, und deshalb ist sein Verlust doppelt schwer für uns. In unserer deutschen Gemeinde ist mit Albert Wegel ein Lichtstrahl erlosch, Ehre seinem Andenken!

J e n i l l e t o n.

Wie „Deutschland, Deutschland über alle“ entstand.

Hoffmann von Fallersleben's „Lied der Deutsche ist im Augustmonat vor 81 Jahren unter englischer Flagge auf Helgoland entstanden. Am 26. August konnten wir kein Geburtstags feiern. Hoffmann war 1841 nach dem vielbekanntem gekommen, um sich zu erholen. „Die Einigkeit ist mir recht wohl,“ erzählt er selbst in seinen Lebenserinnerungen, „ich reute mich, daß ich nach den unruhigen Tagen auch wieder einmal mir gebären durfte. Wenn dann so wandelte, einlief auf der Klippe, nichts als Meer und Himmel um mich sah, da ward mir so eigen zu mir ich mußte dichten, und wenn ich es auch nicht gewollt hätte. So entstand am 26. August 1846 das Lied: „Deutschland, Deutschland über alle!“ Bald darauf besuchte sein Vetter Julius Campe den Dichter, und von dem weiteren Schicksal dieses Liedes erzählt Hoffmann: „Am 29. August flozierte mit Campe am Strande. „Ich habe ein Lied gemacht,“ koster aber 4 Kouid'or. „Wir gehen in das Erholungsheim. Ich lese ihm: „Deutschland, Deutschland über alle“ und noch ehe ich damit zu Ende bin, legt er mir 4 Kouid'or auf die Brusttasche. Wir beratschlagen, auf welche Weise d. Lied am besten zu veröffentlichen wäre. Campe schmunzelte: „Wenn es ein schlägt, so kann es ein Abenteuier werden.“ Ich rechte es unter dem Namen der jämmerlichen Panzmutz 2. Campe liebt es ein, und wir streiten. Am 4. Septem bring mir Campe das Lied der Deutschen mit der herrlichen Melodie in Noten.“ Dieser erste Druck des Liedes heute ganz außerordentlich selten geworden. Die Urtheil mit dem „Helgoland, 26. Aug. 41“, befindet sich auf d. Stadtbibliothek. Das Honorar war das höchste, was Hoffmann je für ein Gedicht erhielt; aber der zerrittene Prophet wäre beinahe darum gekommen. Denn als er Helgoland verließ und schon am Strand auf das Schiff wartete, sah seine Witrin die vier Geldstücke in einer Schublade, trug ihm nach und handigte sie ihm in letzter Minute ein, als sich schon im Boot befand.

In Hamburg wohnte Hoffmann auf der Rückreise am Feterlichen der Turnerstraße hin, auf der das Lied zum ersten mal gesungen wurde. Der erste Druck war schnell vergriffen und das Lied erlitten dann 1843 in Hoffmann's „Deutsches Lieders aus der Schweiz“. Die Komponisten wurden an das Lied aufmerksam, und bis 1872 waren dem Dichter über 58 Vertonungen bekannt. Die schöne Haydn'sche Vertonung aus das englie mit dem Gedicht verknüpfte, und Hoffmann hielt fest an ihr fest. Interessant ist es, worauf Gerstenhaber in seinem Lebensbild des Dichters hinweist, wie Hoffmann 1870 verstarb, sein damals ziemlich vergriffenes Lied neu beleben. „Greulicher wäre mir,“ schrieb er am 12. Aug. 1870, „wenn jetzt endlich einmal mein Lied „Deutschland, Deutschland über alle“ zu allgemeiner Geltung gelangte, als das würde, was es jetzt wenig sein kann, ein Lied für ein Deutschland!“ So möchte ich denn, daß es in ähnlicher Gestalt wie Verlage gedruckt und verkauft wird. Die Ansicht Singeographie hat ja nun endlich ihren Kreislauf vollendet auch das Deutsche, an Ehren und Siegen reich. Die herrliche Melodie ist nicht übertriften worden, und das ist mir lieb; es muß eine Melodie von einem Ende Deutschlands bis zum anderen gesungen werden, nämlich vom Volke.“ Der Neubruck von 1870 gab Hoffmann alle „Oratio pro domo“ eine Vorbemerkung mit auf den Weg, in der es heißt: „Das Lied hat eine Zukunft haben würde, stant zu erwarten. Wer den Augenblick, daß wir aufstehen zu fragen: „Was ist für das Deutschen Vaterland?“, von dem Augenblick an, daß die Frage beantwortet war durch die siegreichen Heere von ganz Deutschland, da wurde das Lied „Deutschland über alle“ zur Wahrheit und kann von nun an als ein Lied aller Deutschen mit Recht gesungen werden, wenn es auch die Leute ausser Deutschland verdrängt. Ja, wir haben endlich ein Recht dazu, mehr als der Engländer zu seinem rulic Britannia und der Franzose zu seiner Marfcellaise.“ Als im September 1870 in Östingen eine Siegesfeier stattfand, wurde Hoffmann unter dem Gesang dieses Liedes mit Lorber bekränzt, und so hatte der lange wegen seiner freihethlichen Gesinnung verfolgte und verhehmte Sänger endlich die Anerkennung für seinen prophetischen Freitheththum erhalten. („N. Bruns. Zit.“)

Herausgeber: Der Z. R. des Verbandes der transilva. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. Jur. Alexander Fufajeff, im Auftrage des Redaktionskomitees.